

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2012

Gute Ausbildungschancen für junge Menschen

Die Ausbildungschancen für junge Menschen haben sich im Jahr 2011 noch weiter verbessert. Zum 30. September 2011 wurden 570.000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, was einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 1,8 Prozent entspricht. Der Zuwachs der betrieblichen Ausbildungsverträge beträgt sogar 4 Prozent. Dieser Anstieg an Ausbildungsverträgen ist insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass gleichzeitig die Zahl der Bewerber um 2,5 Prozent demografiebedingt zurückgegangen ist. Das ist ein Beleg dafür, dass sich die Unternehmen stark für die Fachkräftesicherung engagieren und es gelungen ist, mehr lernschwächere Jugendliche und Altbewerber in Ausbildung zu vermitteln.

Zum 30. September gab es wieder – wie bereits in den Vorjahren – mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als noch unvermittelt gemeldete Ausbildungsbewerber; der Überhang hat nochmals zugenommen. Das Angebot überstieg die Nachfrage um 18.100 (2010: +7.300): Zum 30. September 2011 waren noch 11.600 Bewerber bei den Arbeitsagenturen als unvermittelt registriert. Ihnen standen 29.700 unbesetzt gemeldete Ausbildungsplätze gegenüber. Die Aussichten für die Nachvermittlung waren dementsprechend ausgezeichnet. Bis Januar konnte daher auch die Zahl der noch unvermittelt gemeldeten Bewerber weiter auf 5.700 reduziert werden. Ihnen standen noch ausreichend Angebote zur Verfügung.

Der Ausbildungspakt, der mit neuer Schwerpunktsetzung im Herbst 2010 verlängert wurde, hat zu diesem erfreulichen Ergebnis maßgeblich beigetragen. Die Paktzusagen der Wirtschaft wurden mit über 70.000 eingeworbenen neuen Ausbildungsplätzen und 43.000 neuen Ausbildungsbetrieben erneut deutlich übertroffen. Für die Einstiegsqualifizierungen wurden über 25.000 Plätze zur Verfügung gestellt, darunter erstmals 4.600 Plätze für EQ-Plus speziell für förderungsbedürftige Jugendliche.

Trotz dieser positiven Entwicklung bleiben große Herausforderungen bestehen, denen sich die Paktpartner in den nächsten Jahren annehmen werden. Hierzu zählen die Verbesserung der Berufsorientierung und die Sicherstellung der Ausbildungsreife, um zukünftig passgenauer die offen gebliebenen Stellen besetzen zu können. Dabei gilt es, alle Potenziale für eine duale Berufsausbildung zu erschließen – leistungsschwächere Jugendliche genauso wie leistungsstärkere.

Ausbildungsengagement der Betriebe nach wie vor sehr groß

Die gute Bilanz auf dem Ausbildungsmarkt und die erneut verbesserten Chancen junger Menschen auf Ausbildung basieren auf dem hohen Ausbildungsengagement der Unternehmen und Freiberufler in Deutschland. Meldungen, dass die Zahl der Ausbildungsbetriebe gesunken ist, sind zwar statistisch richtig, lassen aber unberücksichtigt, dass diese Zahl immer wieder Schwankungen unterliegt und keine Rückschlüsse auf das Ausbildungsengagement der Unternehmen insgesamt zulässt. Denn trotz des Rückgangs ist die Ausbildungssituation ausgesprochen gut und die Ausbildungsleistung der Unternehmen in den letzten Jahren auf hohem Niveau stabil – gemessen am Bewerberrückgang sogar deutlich gestiegen. So wurden 2011 +2,2 % mehr Ausbildungsverträge als 2003 abgeschlossen; im gleichen Zeitraum ist die Zahl der nicht-studienberechtigten Schulabgänger (die Hauptnachfrager nach einer Berufsausbildung) um -21,3 % zurückgegangen.

Zudem muss berücksichtigt werden, dass immer mehr Betriebe Probleme haben, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Dies gilt insbesondere für kleine Betriebe, die oft nur einen Ausbildungsplatz anbieten können und – wenn dieser nicht besetzt werden kann – aus der Ausbildung herausfallen. Laut BIBB-Qualifizierungspanel konnte im Jahr 2010 jeder dritte Betrieb (35 %), der Ausbildungsplätze angeboten hat, einen oder mehrere Plätze nicht besetzen. Bei den kleinen Betrieben ist das Problem sogar noch deutlicher, von jenen mit 1 bis 19 Beschäftigten hatten 42 % Besetzungsprobleme. Gemessen an der Zahl der ausbildenden Betriebe dieser Größenordnung (336.000) waren das immerhin gut 140.000 Betriebe.

Nicht sachgerecht ist insbesondere auch die Botschaft, dass nur gut 20 % der Betriebe ausbilden. Denn dies lässt unberücksichtigt, dass nur gut die Hälfte aller Betriebe ausbilden darf. Von diesen bildet mehr als die Hälfte aus, bei den größeren sind es fast alle. Gerade kleine Betriebe können aber oft nicht pausenlos ausbilden. Daher muss die Ausbildungsbeeteiligung über einen längeren Zeitraum betrachtet werden. Dann bilden fast vier Fünftel der ausbildungsberechtigten Betriebe auch aus. Insgesamt bleibt es wichtig, Betriebe und Freiberufler für Ausbildung zu gewinnen beziehungsweise sie in ihrem Engagement zu bestärken. Einseitige Debatten über die Ausbildungsbeteiligung helfen hier allerdings nicht weiter.

Effizientere Gestaltung der Übergänge von Schule in Ausbildung

Die Förderlandschaft am Übergang von Schule in Ausbildung ist in ihrer Vielfalt kaum mehr zu überblicken. Neben fehlender Transparenz sind die Maßnahmen oft nicht ausreichend praxisnah und nicht anschlussfähig. Das erschwert es den Jugendlichen, die für ihre individuellen Potenziale passende Maßnahme zu finden und zu einem Berufsabschluss zu gelangen. Trotz einer deutlichen Verringerung münden nach wie vor viele Schulabgänger in den so genannten Übergangsbereich (2010: 324.000; 2005: 418.000). Umso wichtiger ist eine effizientere Gestaltung der Maßnahmen und Konzepte an dieser Stelle.

Aus Sicht der Wirtschaft muss der direkte Übergang von Schule in betriebliche Ausbildung gestärkt werden. Hierzu sollten Bund und Länder die unübersichtliche Förderlandschaft deutlich reduzieren, indem das Angebot an Maßnahmen orientiert an ihrer Wirksamkeit zurückgefahren und besser aufeinander abgestimmt wird. Betriebliche Angebote wie die Einstiegsqualifizierungen sollten dabei besonders gestärkt werden, denn hier sind die Übergangsquoten in Ausbildung erfahrungsgemäß am größten. Ebenso sollten Angebote, die betriebliche Qualifizierung flankierend unterstützen, im Vordergrund stehen.

Um das Angebot an Maßnahmen im Übergangsbereich reduzieren zu können, muss bereits in der Schule angesetzt werden. Hierbei sind die Sicherstellung von Ausbildungsreife und eine fundierte Berufsorientierung zentrale Ansatzpunkte. Die Wirtschaft bekräftigt in diesem Zusammenhang ihre Zusage aus dem Nationalen Ausbildungspakt, jeder interessierten Schule einen Partner aus der Wirtschaft zu vermitteln. Darüber hinaus schafft eine frühzeitige Kompetenzfeststellung in der Schulzeit die Grundlage dafür, Jugendliche passgenau in Ausbildung vermitteln zu können.

Gerade lernschwächere Jugendliche brauchen – aufbauend auf einer Kompetenzfeststellung – individuelle Begleitung und Unterstützung, wie sie auch im Bildungskettenansatz der Bundesregierung vorgesehen ist. Die Wirtschaft begrüßt daher, dass ab dem 1. April 2012 die Förderung der Berufseinstiegsbegleitung an allen Schulen möglich ist, und fordert die Länder als Verantwortliche für die Sicherstellung der Ausbildungsreife auf, die notwendigen Kofinanzierungsmittel bereitzustellen. Eine solche Ausweitung der Berufseinstiegsbegleitung würde vielen Jugendlichen effektiv helfen und die Basis schaffen, andere Fördermaßnahmen beim Übergang von Schule in Ausbildung zurückzufahren.

Weichen für den DQR gestellt

Nachdem die Arbeiten zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) aufgrund der umstrittenen Zuordnung allgemeinbildender und beruflicher Qualifikationen 2011 ins Stocken geraten sind, hält die Wirtschaft den mit der Kultusministerkonferenz Ende Januar 2012 gefundenen Kompromiss für sinnvoll, zunächst nur arbeitsmarktrelevante Qualifikationen dem DQR zuzuordnen. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass es in einem breiten Konsens gelungen ist, die Gleichwertigkeit zwischen Bachelorabschlüssen und hochwertigen beruflichen Weiterbildungsprofilen, wie zum Beispiel Meister- und Fachwirtequalifikationen, herzustellen. Das ist ein starkes Signal, dass tertiäre Bildungswege nicht nur über die Hochschule, sondern auch über die Berufsbildung möglich sind.

Die gemeinsam vereinbarte fünfjährige Evaluationsphase sollte dazu genutzt werden, die jetzt vorgenommenen Einordnungen insbesondere unter dem Blickwinkel der Outcome-orientierung zu überprüfen und weitere offene Fragen zu klären, zum Beispiel die Weiterentwicklung kompetenzorientierter Ordnungsmittel und die Berücksichtigung non-formal und informell erworbener Leistungen im DQR.

ECVET als flexibles Instrument nutzen

Die Erprobung des Europäischen Leistungspunktesystems für die Berufsbildung (ECVET) hat gezeigt, dass gewisse Elemente der Kommissionsempfehlung nicht oder nur schwer umsetzbar sind. Dies trifft vor allem auf den Einsatz von Leistungspunkten sowie die Anrechnung im Ausland bewerteter Lernergebnisse auf die Abschlussprüfung zu. ECVET sollte deshalb als ein flexibles technisches Regelwerk angesehen und genutzt werden, auf dessen Grundlage Berufsbildungsakteure in Europa Mobilitätsphasen im Ausland erleichtern und qualitativ verbessern, die Mobilitätsquote in der beruflichen Aus- und Weiterbildung mittelfristig erhöhen und internationale Bildungsk Kooperationen intensivieren können.